

Entwicklungspolitik

In Burundi ist Baden-Württemberg nicht vergessen

Es gab Zeiten, in denen war der Kontakt zwischen Baden-Württemberg und Burundi eng. Landtagspolitiker reisten nach Ostafrika, die Landesregierung empfing Delegationen, Maschinen für Werkstätten wurden gespendet und Geräte für Krankenhäuser. Doch während des Bürgerkriegs in Burundi riss die Verbindung ab. Einige Landtagsabgeordnete möchten sie nun wieder aufnehmen.

Von Martina Schäfer

KAYANZA/STUTTGART. Burundi ist ein Land für den zweiten Blick. Auf den ersten ist es vor allem ein armes Land. Der Staat im Osten Afrikas steht an der Spitze des Welthunger-Index. 80 Prozent der Menschen müssen mit weniger als einem US-Dollar pro Woche auskommen. Beinahe 50 Prozent sind jünger als 15 Jahre. Vielen hat der Krieg Eltern und Großeltern genommen, andere sind vor den Kämpfen zwischen Hutu und Tutsi geflohen. Beim Auswärtigen Amt in Berlin wird vor Reisen gewarnt, die nicht unbedingt erforderlich sind. Doch Burundi ist ohnehin kein Land, das sich viele als Reiseziel wünschen würden.

Gisela Splett schon. Die Grünen-Landtagsabgeordnete wollte einen zweiten Blick. Sie ließ sich nicht davon abbringen: nicht von den Warnungen aus Berlin, nicht vom besorgten Kopfschütteln der Kollegen im Landtag und auch nicht davon, dass Landwirtschaftsminister Peter Hauk (CDU) eine Delegationsreise aus Sicherheitsgründen verschoben hatte. Sie wollte erleben, wie es den Menschen geht. Sehen, wie die Kinder lernen, die Erwachsenen arbeiten und die Kranken versorgt werden. Und sie wollte erfahren, welche Hilfe nötig ist. Sie wusste, dass die Kontakte zwischen Landespolitikern aus Baden-Württemberg und Burundi einst eng waren, dann aber durch den Bürgerkrieg unterbrochen wurden. Als der Krieg im Jahr 2006 zu Ende war, konnten sich viele nicht mehr erinnern, dass es die Verbindung jemals gegeben hatte.

Splett las davon in Unterlagen, die ihr der frühere entwicklungspoliti-



Das Landeswappen von Baden-Württemberg (Mitte) an der Wand einer Werkstatt in der Provinzhauptstadt Kayanza erinnert an die engen Kontakte zwischen Baden-Württemberg und Burundi. Doch der Krieg in dem ostafrikanischen Land kappte die Verbindung. Als die Grünen-Landtagsabgeordnete Gisela Splett (rechts) dorthin reiste, erlebte sie fröhliche Kinder und plaudernde Mütter auf einer Wiese vor einem Krankenhaus (oben). FOTOS: ZISER



sche Sprecher der Grünen hinterlassen hatte. Im Frühjahr 2007 stellte sie im Landtag einen eigenen Antrag, im Dezember stimmte sie einem von CDU und FDP zu - auch die Landtagskollegen wollen die Zusammenarbeit verstärken. Im Juli schließlich saß Splett im Flugzeug nach Burundi. Mit einer Gruppe des Christlichen Jugenddorfwerks (CJD) und einem Arzt aus Gengenbach flog sie über Addis Abeba nach Bujumbura. Von der Hauptstadt aus

sind viele Orte innerhalb weniger Stunden mit dem Auto zu erreichen. Burundi ist eines der kleinsten Länder in Afrika, es ist kleiner als Baden-Württemberg. „Es gibt dort viel zu tun“, sagt Splett.

Kreissäge, Hobelmaschine und Anästhesiegerät als Spenden

Sie fuhr über die sandigen Straßen des Landes und begegnete Frauen, die auf Äckern arbeiteten. Sie be-

suchte ein Behindertenheim, ein Ausbildungszentrum und ein Krankenhaus in der Provinzhauptstadt Kayanza. Im Operationssaal stand ein Anästhesiegerät aus Baden-Württemberg, ein gespendeter Dieselgenerator war ebenfalls angeschlossen. In einer Werkstatt wurde an einer Kreissäge und einer Hobelmaschine aus dem Südwesten Deutschlands das Holz für Schulbänke bearbeitet. „Die Maschinen schienen zu funktionieren“, stellt



die Grünen-Politikerin fest, „und Ersatzteile werden über die deutsche Botschaft besorgt.“

Für die Männer in der Werkstatt ist das eine Menge. Es ist mehr als andere in Burundi haben. Die Männer wissen das zu schätzen - an einer Wand hängt noch immer das Wap-

pen von Baden-Württemberg. Die Werkstatt war eines der Projekte, die Baden-Württemberg bis Mitte der 1990er-Jahre unterstützten. Die Grünen-Abgeordnete sagt, dass sich

die Menschen in Kayanza nun wieder mehr Hilfe wünschen würden. Sie zeigten ihr ein Haus mit flachem Dach und Blumen vor der Eingangstür, in dem ein einmal Handwerksmeister aus Deutschland lebte und das nun für einen Senior-Experten bereitstehen würde. Und sie erzählten von den Schwierigkeiten, die Möbel aus der Werkstatt in Schulen zu transportieren. Denn seit dem Krieg haben sie in der Werkstatt keine Laster mehr.

Militärsperren und Soldaten mit Gewehren

Der Krieg hat vieles zerstört. Den Lebensmut konnte er den Menschen wohl nicht nehmen. Splett erlebte plaudernde Mütter und tanzende Kinder in einem Kinderheim. „In dem Heim hatte ich den Eindruck, dass alles sehr harmonisch ist“, erklärt sie, „die Jugendlichen hatten einen friedlichen Umgang miteinander.“ Die Militärsperren und die Soldaten mit Gewehren am Straßenrand hätten ihr keine Angst gemacht. Sie habe sich sicher gefühlt. Die Deutschen, denen sie begegnete, berichteten ähnliches: die ältere Dame im Behindertenheim, der Journalist aus Karlsruhe und auch die Familie aus dem Schwarzwald.

Obwohl die politische Verbindung zwischen Baden-Württemberg und Burundi unterbrochen wurde, bestehen noch Kontakte. Mitglieder von Hilfsorganisationen und Projektgruppen sorgen dafür, auch einige Privatleute. Für Splett sind das Anknüpfungspunkte. Die Landesregierung könnte die Maßnahmen koordinieren, sagt sie: „Das geht zwar nicht ganz und gar ohne Geld, aber man muss auch nicht riesige Summen investieren.“ Dass im Landeshaushalt keine Mittel eingeplant sind, hält Splett nicht für. Sie hofft, dass der Antrag der CDU und der FDP Folgen haben wird. Und dass sich die Landesregierung von einem zweiten Blick auf Burundi überzeugen lässt.

MEHR ZUM THEMA
Entwicklungspolitischer Bericht der Landesregierung:
www.wm.baden-wuerttemberg.de/fm7/1106/Entwicklungspolitischer%20Bericht.pdf

Stuttgart 21: Kritik der SPD an der Darstellung

Schmiedel spricht von „Kommunikationsdesaster“

STUTTGART. Als Ministerpräsident Günther Oettinger (CDU) vorrige Woche Mehrkosten für das Bahnprojekt Stuttgart 21 eingeräumt hat, wurde er stark kritisiert. Projekt-Gegner sprachen von „Salami-taktik“: Stück für Stück nähere sich der Ministerpräsident dem Preis an, der in einem Gutachten festgestellt wurde. Oettinger geht von rund drei, die Gutachter gehen von 6,9 Milliarden Euro aus.

Von Bundeswegen die Angriffe der Gegner nicht nachlassen, wächst nun auch auf Seiten der Befürworter des Bahnprojekts der Unmut. Dabei geht es allerdings weniger um die Kosten, als vielmehr um die Darstellung und Umsetzung von Stuttgart 21. „Das ist ein Kommunikationsdesaster allererster Güte“, sagte Claus Schmiedel in dieser Woche. Schmiedel ist Vorsitzender der SPD-Fraktion im Landtag, die gemeinsam mit den Politikern von CDU und FDP für das Bahnprojekt gestimmt hatte.

Der Fraktionschef warf Oettinger vor, beleidigt auf Kritik zu reagieren, statt die Vorteile wie Fahrzeitverkürzungen oder den Wettbewerbsvorteil für Baden-Württem-

berg zu betonen. „Die Regierung hat es schlicht verschlafen, die Menschen über den unbestreitbaren Nutzen des Vorhabens zu informieren“, stellte Schmiedel fest.

Er zeigte sich zudem verwundert, dass es noch keine endgültige Finanzierungsvereinbarung für das Bahnprojekt gebe. „Die Verträge müssten längst unterzeichnet sein und die ersten Bagger rollen“, sagte der Sozialdemokrat. Durch die Darstellung drohe das Projekt zunehmend in Misskredit zu geraten. „Wenn es heute in der Landeshauptstadt eine Abstimmung gäbe, würde die Mehrheit ‚Stuttgart 21‘ ablehnen“, fürchtet Schmiedel. Überall sonst im Land sehe das kaum anders aus. (lsw/mars)

ERGEBNIS DER ONLINE-ABSTIMMUNG

Mit seiner Vermutung, dass bei einer Abstimmung über Stuttgart 21 die Mehrheit gegen das Projekt votieren würden, liegt SPD-Fraktionschef Claus Schmiedel möglicherweise nicht falsch: 91 Prozent der Nutzer von staatsanzeiger.de fordern jedenfalls, das Bahnprojekt zu stoppen. 9 Prozent stimmten bei einer Umfrage dafür.

Bundesratsinitiative gegen Datenmissbrauch gestartet

Landesregierung will mehr Transparenz für Verbraucher erreichen

STUTTGART. Der Skandal um den illegalen Handel mit Daten hat die Diskussion um den Datenschutz in Deutschland neu entfacht. Auch die Landesregierung kümmert sich verstärkt um das Thema: Am Montag kündigten Verbraucherminister Peter Hauk und Innenminister Heribert Rech (beide CDU) in Stuttgart eine Bundesratsinitiative an. Ziel sei, so die Minister, die Bürger besser davor zu schützen, dass Unternehmen ohne sachliche Rechtfertigung persönliche Daten erheben und an Dritte weitergeben. „Die Rechte des Bürgers müssen grundsätzlich Vorrang vor kommerziellen Interessen haben“, sagte Hauk.

Im Mittelpunkt der Forderungen steht eine Verbesserung der Informationspflicht. Die Landesregierung will mehr Transparenz schaffen, wenn nicht-öffentliche Stellen wie Firmen und Verbände Daten weitergeben. Zudem soll nach ihrem Willen ein Satz im Bundesdatenschutzgesetz (Paragraph 34, Absatz 1) ersatzlos gestrichen werden. Mit Bezug auf die Auskunftspflicht von Firmen heißt es dort: „Werden die personenbe-

zogenen Daten geschäftsmäßig zum Zweck der Übermittlung gespeichert, kann der Betroffene über Herkunft und Empfänger nur Auskunft verlangen, sofern nicht das Interesse an der Wahrung des Geschäftsgeheimnisses überwiegt.“

Auch bei sogenannten Kopp-

lungsgeschäften wollen sich die Mi-

„Die Rechte des Bürgers müssen grundsätzlich Vorrang vor kommerziellen Interessen haben.“

Peter Hauk (CDU),
Verbraucherminister

nister für mehr Verbraucherschutz einsetzen. Dabei werden bestimmte Leistungen - beispielsweise die Teilnahme an einem Preisausschreiben - lediglich dann in Aussicht gestellt, wenn der Verbraucher im Gegenzug persönliche Daten preisgibt.

Nach Ansicht von Hauk und Rech gehören darüber hinaus die rechtlichen Regelungen für Callcenter „auf

den Prüfstand“. „Bei unerlaubter Telefon-, Fax- und E-Mail-Werbung sollen die Aufsichtsbehörden für den Datenschutz künftig die Möglichkeit erhalten, ein Bußgeld zu verhängen“, sagte Innenminister Rech. Er betonte, dass die Weitergabe von Bankdaten ohne Einwilligung des jeweiligen Kontoinhabers illegal sei. Sie werde als Ordnungswidrigkeit oder auch als Straftat verfolgt. Trotzdem müsse man bei der Weitergabe von Bankverbindungsdaten vorsichtig sein.

In den aktuellen Fällen, in denen es um illegalen Datenhandel geht, ermitteln bereits die Staatsanwaltschaften in Lübeck und Mönchengladbach. Erkenntnisse darüber, dass Firmen aus Baden-Württemberg in den Datenhandel verwickelt seien, gebe es nicht, so Rech. Allerdings seien Bürger aus dem Land betroffen.

Einen positiven Aspekt scheint der Skandal trotz allem zu haben: „Der Staat hat die Notwendigkeit erkannt“, gab sich Verbraucherminister Hauk sicher, „dass dem ‚Vagabundieren‘ von Daten ein Riegel vorgeschoben werden muss.“ (ems)

Leserbrief

Zum Artikel „Die Aussichten von Außen-seiterkandidaten“ in der Ausgabe vom 22. August bekam die Redaktion diesen Leserbrief:

Quasi eine Wahlempfehlung

„[...]Die Formulierung in Satz 3 [...] lässt [...] als Folgerung darauf schließen, dass es keine große Auswahl an Bewerbern wäre, wenn Frauen sich beworben hätten. Ich habe darüber zwar geschmunzelt, aber es gibt bestimmt andere, die darüber anders denken. Fast nebenächlich ist meine weitere Anmerkung [...]. Es sollte sich doch nicht ziemen, dass der STAZ [Staatsanzeiger, Anm. d. Red.] quasi eine Wahlempfehlung ausdrückt, auch wenn nur der Herr Prof. Witt zitiert wird. Ob das im Wahlkampf nicht noch Folgen haben wird, bleibt abzuwarten.“

Helmut Hunn, March

Sie können uns Leserbriefe per Post oder E-Mail zukommen lassen. Bitte beachten Sie, dass wir bloß Leserbriefe abdrucken können, die Sie uns unter Angabe von Namen, Adresse und Telefonnummer oder E-Mail-Adresse zusenden. Leserbriefe sind keine redaktionellen Meinungsäußerungen. Die Redaktion behält sich das Recht auf Kürzungen vor.